



PRESSEMITTEILUNG

29. Oktober 2020

MEDIENTAGE MÜNCHEN 2020 vom 24. bis 30. Oktober

ARD-Vorsitzender Tom Buhrow zur Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – ein Gespräch

ARD plant eine „Super-Mediathek“

München – Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist digital. Tom Buhrow, WDR-Intendant WDR und aktueller ARD-Vorsitzender, hat während der MEDIENTAGE MÜNCHEN den Aufbau einer „Super-Mediathek“ angekündigt. Dabei räumte Buhrow im Interview mit Torsten Zarges selbstkritisch ein, dass die ARD „über lange Zeit hinweg die Mediathek als eine Art Überlaufbecken gesehen hat, für alles, was wir linear gesendet haben“. Beim Umbau und der Neuausrichtung der digitalen Plattform sei das ZDF schneller gewesen. Nun aber denke die ARD um und orientiere sich am offensichtlichen Wandel im Mediennutzungsverhalten und der rasanten Zunahme des non-linearen Bewegtbildkonsums. „Wir haben erkannt, dass wir für die Mediathek eine unabhängige Programmierung brauchen und haben deshalb einen Channel Manager installiert, der auch in der Programmdirektion sitzt.“ Auch die Fernsehdirektoren hätten es sich zur Strategie gemacht, die Produktion für die Mediathek mitzudenken. Außerdem würden Budgets entsprechend umgeschichtet. Die Politik habe diese Entwicklung in Richtung non-linearer Angebote inzwischen ebenfalls erkannt. Auch wenn die Konturen der beiden Systeme von ARD und ZDF weiterhin sichtbar bleiben müssten, „so müssen wir dies im Blick behalten, wenn wir international wettbewerbsfähig bleiben wollen gegen die internationalen Plattformen“, betonte Buhrow.

Mit der Leistung seines Senderverbundes in der Corona-Krise zeigte sich der ARD-Vorsitzende zufrieden. „Wir haben uns als Informationsquelle des Vertrauens erwiesen und einen Dienst an der Allgemeinheit erbracht“, erklärte er. Die Relevanz der öffentlich-rechtlichen Inhalte hätten sich nicht nur in gestiegenen Reichweitzahlen niedergeschlagen, sondern auch in der aktuellen Glaubwürdigkeitsstudie von Infratest/dimap. Demnach hätten mehr als achtzig Prozent der Befragten die Arbeit von ARD und ZDF zu schätzen gewusst.

Wie viele Unternehmen hätten auch die Häuser der ARD durch die Einschränkungen der Pandemie einen Digitalisierungsschub erlebt und die digitalen Arbeitsplätze „quasi über Nacht“ verdoppelt. Durch Corona seien Entwicklungen bewirkt worden, die vor einem Jahr noch unvorstellbar schienen. „Programme werden nun schneller und günstiger produziert, Interviews per Webkamera in Qualitätsstandards gedreht, die wir vorher nicht akzeptiert hätten“, berichtete Buhrow. In seiner Funktion als ARD-Vorsitzenden stehen für ihn auch im Corona-Jahr wichtige medienpolitische Themen auf der Agenda, wie etwa der neue Staatsvertrag zur Erhöhung des Rundfunkbeitrags. Diesen hätten zwar alle Ministerpräsidenten bereits Mitte Juni unterschrieben, allerdings stehe bis Jahresende noch die Ratifizierung durch alle Länderparlamente an. Und da gelte es noch Überzeugungsarbeit zu leisten, vor allem in Mitteldeutschland. „Meine Aufgabe ist es nun, zu werben und zu überzeugen, warum dieser Staatsvertrag eine gute Sache ist und die Unterstützung der Parlamente verdient“, erklärte Buhrow.

Kosten seien bei der Diskussion über den Rundfunkbeitrag natürlich auch immer ein Thema, aber Buhrow stellte klar, dass erst der zu erfüllende Auftrag zu definieren sei – beispielsweise über den Staatsvertrag – und dann die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) auf dieser Basis den finanziellen Aufwand berechnen würde. Das Gremium hatte für 2021 eine Erhöhung des Beitrages um 86 Cent vorgeschlagen, was nicht überall auf Akzeptanz stieß. Der ARD-Vorsitzende stellt dazu klar: „Diese konkrete Beitragsempfehlung ist mit der Auftragsdefinition verknüpft. Der Staatsvertrag definiert, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk leisten soll und daraus wird der Bedarf errechnet.“

Bereits im nächsten Jahr steht das nächste große Rundfunkthema auf der Agenda. Dann soll der Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks neu zur Diskussion gestellt werden. Auch für diesen Fall erwartet Tom Buhrow harte Debatten und erklärte: „Maßgeblich geht es dabei um die Frage, welchen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wir als Gesellschaft wollen und in welchem Umfang. Dieser Diskussion wollen wir uns nicht verschließen, sondern konstruktiv mitarbeiten, um bis Mitte 2022 zu einem Ergebnis zu kommen.“ Ein Blick in andere Länder zeige, wie stark der öffentlich-rechtliche Rundfunk – wie etwa die BBC in Großbritannien – auch von Seiten der Politik unter Druck geraten könne. Könnte ähnliches in Deutschland passieren? Nein, antwortete der ARD-Vorsitzende, vielmehr hätten die Angriffe auf die öffentlich-rechtlichen Medien den deutschen Rundfunkanstalten eher genutzt als geschadet. Bedenklich finde er allerdings, dass die Kritik an den Öffentlich-Rechtlichen fast immer mit einem Verfall der öffentlichen Diskussionskultur einhergehe.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.medientage.de.